

15./4. 1918.

122

Ubergangswirtschaft und Steuerpolitik.

— Frankfurt, 14. April.

Die aktuellen Fragen der Ubergangswirtschaft bilden den Hauptgegenstand der Beratungen einer Mitgliederversammlung, die der Verband Mitteldeutscher Industrieller für heute im Frankfurter Hof zusammenberufen hatte. Dr. Weber (Berlin), der als Vortragender Rat dem Reichskommissariat für Ubergangswirtschaft angehört hatte und seit dessen Auflösung ehrenamtlich im Reichswirtschaftsamt tätig ist, schilderte in einem ausführlichen Referat über „Ubergangswirtschaft und Steuerpolitik“ die von den zuständigen Stellen bisher getroffenen Vorbereitungen und Maßnahmen auf diesem Gebiet.

Bei der Inangriffnahme der ihm gestellten schwierigen Aufgabe, das Wirtschaftsleben aus den gebundenen Verhältnissen des Krieges in den Frieden hindüberzuführen, so führte Dr. Weber aus, ist das Reichswirtschaftsamt von dem Grundsatz ausgegangen, den beteiligten Kreisen, soweit dies im Interesse der Gesamtwirtschaft möglich ist, die denkbar größte Freiheit wirtschaftlicher Betätigung zu belassen und nur da helfend und regelnd eingzugreifen, wo dies unerlässlich ist. Vor allem denkt die Reichsleitung nicht daran, Zwangsindukate zu schaffen, die auf die Dauer berechnet sind. Aber auf gewissen Gebieten, so namentlich auf dem der Volksernährung wird nun einmal die Mitwirkung des Reichs nicht zu entbehren sein. Auch einzelne Industrien, so die Zerkil-, die Leder- und die Oel- und Fettwaren Industrie, werden sich eine gewisse Organisation gefallen lassen müssen. Wenn auch die Reichsleitung in den künftigen Friedensverträgen die wirtschaftlichen Forderungen auf nachdrücklichste vertreten und insbesondere die Gewährung von Valutaanleihen und den Abschluß von Rohstofflieferungsverträgen verlangen wird, läßt sich doch heute die Gestaltung der Dinge nach Friedensschluß noch keineswegs übersehen, und deshalb gilt es, für alle eintretenden Eventualitäten rechtzeitig vorbereitet zu sein.

Diese Notwendigkeit hat der Friedensschluß mit Rußland und der Ukraine deutlich erwiesen. Wie die Verhältnisse dort heute liegen, ist an eine freie Verdringung unseres Handels und unserer Industrie voreerst nicht zu denken, zumal ja beide Länder die Forderung gestellt haben, in allen wirtschaftlichen Fragen nur von Staat zu Staat zu verhandeln. Komplizierte Organisationen mußten oft von heute auf morgen ins Leben gerufen werden. Daß es dabei nicht immer möglich war, den Wünschen und Interessen aller beteiligten Kreise bis ins kleinste gerecht zu werden, ist nur zu begreiflich. Oesterreich, wo derartige Organisationen, zum größten Teil unter Mitwirkung des Staats, längst geschaffen waren, hatte dadurch einen bedeutenden Vorsprung vor uns. Wir dürfen also nicht länger zögern, wenn wir beim allgemeinen Friedensschluß vor ähnlichen Erfahrungen bewahrt sein wollen.

Die wichtigste Frage für die Ubergangswirtschaft ist die Valuta. Der Redner gab hierüber eingehende Aufklärungen, die er als vertraulich bezeichnete. Das Problem des Frachtraumes hat durch den Zusammenschluß der Reedereien bereits seine Lösung gefunden. Bei der Einfuhr von Rohstoffen muß die Dringlichkeit ihres Bedarfs entscheiden und man darf sich dem Gesichtspunkt nicht verschließen, daß wir bei dem Stand unserer Ernährung Oel und Fette früher heranzunehmen müssen, als Rohstoffe für unsere Exportindustrie. Für die einzelnen Gewerbezweige ist die Schaffung von Wirtschaftsstellen geplant, die sich aus den beteiligten Kreisen, Handel, Industrie und Handwerk, zusammensetzen, und denen unter behördlicher Mitwirkung die Regelung aller einschlägigen Fragen vorbehalten werden soll. Für alle diese Organisationen will das Reichswirtschaftsamt nur den äußeren Rahmen schaffen und den beteiligten Kreisen es überlassen, die nötigen Maßnahmen zu treffen. Nicht Syndikate im mathematischen Sinne sollen geschaffen werden, sondern Selbstverwaltungskörper mit behördlicher Hilfe und nur soweit, als die Minderheit auf die Interessen unserer Gesamtwirtschaft dies als geboten erscheinen läßt. Die Bestimmung, daß daraus eine Vertretung und Zentralisierung der Industrie erwachsen könnte, ist völlig unbegründet. Hauptaufgabe dieser Organisationen ist die Kontingentierung der einzelnen Werke bei der Rohstoffzuteilung und die Verteilung vor bei der Erzeugnisverwaltung freiverwendenden Vorräte aller Art, deren Wert in die Milliarden geht. Es kommt vor allem darauf an, daß alle Werke gleichmäßig beliefert werden, daß eine Bevorzugung der großen Betriebe vermieden und es den kleineren Werken ermöglicht wird, so bald als möglich wieder den Betrieb aufzunehmen.

Der Handel soll in vollem Umfang in seine frühere Tätigkeit wieder eingesetzt werden. Eine Zentralisierung ist nicht geplant, sondern jeder soll wieder selbst einkaufen können. Aber eine gewisse Kontrolle ist unerlässlich im Hinblick auf die Valuta und auf die Dringlichkeit des Bedarfs. Auch steht es dem Handel frei, schon jetzt Vorkäufe im Ausland vorzunehmen, namentlich soweit diese auf Kredit gelöst werden können. Das Reichswirtschaftsamt gibt die Zusicherung, daß, falls sich später eine Beschlagnahme solcher vorgekauften Waren als notwendig erweist, die Interessen der Käufer voll berücksichtigt werden, bez. insbesondere die vollen Selbstkosten zu züglich aller Spezen und einer dem Risiko entsprechenden Prämie dafür vergütet werden.

Von ausschlaggebendem Einfluß auf die Ubergangswirtschaft wird die künftige Gestaltung unserer Steuerpolitik sein. Die dringende Forderung ist, daß alle Erwerbsstände gleichmäßig und horizontal erfasst werden. Die vom Reichsamt geplante Rohstoffbesteuerung birgt in ihrem Aufbau große Gefahren für die Exportindustrie, ihr sind Fabriksteuern oder der Ausbau der Warenumschlagsteuer vorzuziehen. Bei allen diesen Fragen ist die tatkräftige Mitwirkung von Sachverständigen aus den beteiligten Kreisen unerlässlich, doch dürfen diese sich nicht immer auf den einseitigen Interessentenstandpunkt des eigenen Gewerbes stellen, sondern die Berücksichtigung der Bedürfnisse der gesamten Volkswirtschaft kann zum Ziele eines raschen und kräftigen wirtschaftlichen Wiederaufbaues führen.

In der dem Vortrag folgenden Ansprache, in der Vertreter einzelner Gewerbezweige an den Absichten des Reichswirtschaftsamtes lebhafteste Kritik übten, waren von besonderem Interesse die Ausführungen des Syndikus der Frankfurter Handelskammer Prof. Trautpeter, der sich gegen die auch in der Organisation der Ubergangswirtschaft offensichtliche Tendenz der Zentralisierung aller Einrichtungen in Berlin wandte. Die Befürchtung, daß die behördliche Ubergangswirtschaft auch auf den Handel übergreife, sei nur zu berechtigt. Das zeige die Gründung verschiedener Wirtschaftssyndikate und der Außenhandels-gesellschaft für die Ukraine in der die süddeutschen Interessenten nicht in dem ihnen gebührenden Maße vertreten seien. Man müsse heutzutage dafür sorgen, daß der Handel und die Industrie Süddeutschlands nicht ausgeschlossen werden, sonst würden wir zu Zuständen wie in Frankreich gelangen, die wirtschaftlich und kulturell ernste Gefahren in sich schließen. Süddeutschland und Frankfurt insbesondere wolle sich von Berlin nicht ins Schlepptau nehmen lassen, damit nicht die Ubergangswirtschaft zu einer Untergrundwirtschaft für sie werde.